

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates am  
16.12.2015**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 20:21 Uhr bis 21:50 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## Anwesend waren:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 21:40 Uhr
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 21:40 Uhr
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Stan Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	bis 21:30 Uhr
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion	
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion	
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Bernward Rothe	SPD-Fraktion	
Kay Senius	SPD-Fraktion	bis 21:35 Uhr
Dr. Detlef Wend	SPD-Fraktion	
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Helmut-Ernst Kaßner	Stadtrat	
Markus Klätte	Stadtrat	
Gerhard Pitsch	Stadtrat	

Egbert Geier  
Uwe Stäglin  
Dr. Judith Marquardt  
Sabine Ernst  
Oliver Paulsen  
Marco Schreyer  
Katharina Brederlow  
Maik Stehle

Bürgermeister  
Beigeordneter  
Beigeordnete  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Christoph Bernstiel  
Bernhard Bönisch  
Dr. Michael Lämmerhirt  
Frank Sänger  
Michael Sprung  
Josephine Jahn  
Denis Häder

CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

**zu Einwohnerfragestunde**

---

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die Sondersitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 50 Mitglieder des Stadtrates (87,72 %) anwesend.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Es lagen keine Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde nachfolgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014  
Vorlage: VI/2015/01200

- 7.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01576
- 7.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01570
- 7.1.3 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01571
- 7.1.4 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01572
8. Wiedervorlage
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
11. Mitteilungen
12. mündliche Anfragen von Stadträten
13. Anregungen
14. Anträge auf Akteneinsicht

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

Es lag keine Niederschrift vor.

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine Beschlüsse aus nicht öffentlicher Sitzung vor.

**zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters**

---

Es lag kein Bericht des Oberbürgermeisters vor.

**zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

---

Es fand keine Aussprache statt.

**zu 7 Beschlussvorlagen**

---

**zu 7.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014  
Vorlage: VI/2015/01200**

---

**zu 7.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01576**

---

**zu 7.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/  
Vorlage: VI/2015/01570**

---

**zu 7.1.3 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01571**

---

**zu 7.1.4 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01572**

---

*Auf Antrag des Oberbürgermeisters wurde zum TOP 7.1 ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**

Wir können zum Punkt Beschlussvorlagen kommen.

Und hier liegt uns unter 7.1 erneut die Haushaltssatzung für 2016 vor, inklusive Beteiligungsbericht für das Jahr 2014. Notwendig ist, darüber noch mal abzustimmen, weil es einen Widerspruch des Oberbürgermeisters gibt, den er jetzt noch mal verlesen wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Vielen Dank.

Gemäß § 98 Absatz 3 der Kommunalverfassung ist der Haushalt in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung der Erträge und Aufwendungen Ergebnishaushalt auszugleichen.

In der Stadtratssitzung im September 2015 hat die Verwaltung einen ausgeglichenen Haushalt eingereicht. Nach den heutigen Beratungen hat der Stadtrat beschlossen, zusätzliche freiwillige Leistungen in Höhe von 500.000 Euro einzugehen. Nach Auffassung des Stadtrates sollen auch die Kosten von Neubürgern im Falle ihrer Bedürftigkeit zu höheren Aufwendungen führen. Dabei ist die Höhe nicht begründbar. Es wurde auch nicht versucht, die Aufwendungen zu minimieren oder von vornherein in einen ausgeglichenen Haushalt zu führen.

Aus diesen Gründen verstößt der Beschluss gegen die gesetzlich vorgegebenen Haushaltsgrundsätze des Haushaltsausgleichs und der Sparsamkeit.

Somit bin ich verpflichtet, dem Beschluss des Stadtrates zum Haushalt 2016 nach § 65 Absatz 3 Satz 2 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt, zu widersprechen.

**Herr Lange**

So, das ist der Widerspruch des Oberbürgermeisters.

Was wir jetzt machen müssen ist, entsprechend noch mal die Änderungsanträge selbstverständlich durchzugehen. Sie sind neu nummeriert worden. Das ist entsprechend dann auch im Session schon eingestellt.

Und jetzt frage ich Sie, ob es Wortmeldungen gibt? Herr Wolter.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**

Herr Oberbürgermeister, ich habe nur die Frage, Sie hatten ja vorhin in Ihrem Bericht verwiesen auf einen angekündigten Erlass, der Mehrkosten genehmigungsfähig darstellt, worauf auch die Stadträte mit ihrem Änderungsantrag zum Haushalt Bezug genommen haben, vor allen Dingen. Und auch zu einer Genehmigungsfähigkeit durch diese Darstellung der Mehrkosten.

Sehen Sie da in irgendeiner Form den Grund des Widerspruchs in der Nichtgenehmigung, also dass die Gefahr besteht, des Nichtgenehmigtseins? Oder worauf fußt jetzt wirklich Ihre Politik des Widerspruchs?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Auf die angegebenen Rechtsgrundlagen, die vorliegen. Und von daher ist das ein Widerspruch, der sich darin bezieht, wenn Sie 500.000 Euro Mehrleistungen einstellen und diese nicht in irgendeiner Weise in Anrechnung bringen und sagen, wir schätzen jetzt einfach auf fünf Millionen Euro oder ähnliches, dann ist das eine Summe, die so nicht zu akzeptieren ist und auch in den Haushalt nicht hineingehört.

**Herr Wolter**

Dann würde ich Sie gerne noch mal fragen. Sie gehen also ..., wir hatten ja die Diskussion, Sekundärkosten ist ein bisschen kruder Begriff, es sind ja Kosten, die für einen Bereich stattfinden, ob nun für Hallenser oder für Neubürger, das ist ein Posten. Das ist jetzt in dem Moment, wo sie Neubürger sind mit einem Bleibestatus aus den Familien mit Flüchtlingshintergründen, sind sie auch Hallenser, Hallunken oder Halloren.

Für mich ist ja die Frage, Sie sehen sozusagen da keinerlei zusätzliche Kosten im Jahr 2016 in diesem Bereich?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich habe das deutlich gemacht, dass wir im Laufe des Jahres, wenn tatsächlich zum Ende des Haushaltsjahres, ich habe das vorhin sehr ausführlich dargestellt in meinem Bericht des Oberbürgermeisters zum Haushalt, wenn sich abzeichnen soll, dann haben wir jederzeit die Möglichkeit, auch bei übersteigenden Kosten, dass wir dann die entsprechenden Genehmigungen auch bekommen.

Das ist der Inhalt des Erlasses. Der Inhalt des Erlasses ist nicht, von vornherein den Haushalt zu überziehen.

**Herr Wolter**

Also wenn ich Ihre Antwort kurz zusammenfasse, heißt das ja. Wir haben in 2016 Mehrkosten.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Wir können davon ausgehen, dass möglicherweise im November, Dezember Mehrkosten entstehen könnten, die wir aber versuchen, das habe ich auch dargestellt, zu minimieren und möglicherweise auch gegen Null zu führen.

**Herr Wolter**

Gut, das sehe ich auch so.

Meine letzte Frage ist, Sie haben das auch im Ausschuss schon ausgeführt, das heißt, dass Sie den Fakten, dass heute, im Dezember 2015 Mehrkosten in diesem Bereich durch die Situation, dass Familien, Einzelpersonen hier Zuflucht gefunden haben in unserer Stadt, dass sie schon einen Bleibestatus erhalten haben, dass sie ein Asylantragsverfahren durchlaufen haben, das sind ungefähr, ich glaube das wissen Sie, circa 1.000 Personen in den letzten zwei Jahren, sukzessive aufgenommen wurden, dass Schülerinnen, Kinder, alles Mögliche hier in der Stadt sind, dass in diesem Bereich keine zusätzlichen Kosten heute gemäß Ihrer Haushaltsplanung 2015 entstanden sind und deswegen auch nicht zum Januar 2016 ein Ist-Stand der Kostensituation, die Sie analytisch vorliegen haben, das ist alles nicht wahr? Das stimmt nicht, das sind keine Fakten, die Sie kennen?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Wolter, Sie haben uns doch bewegt dazu, Ihnen eine Schätzung vorzulegen. Da haben wir deutlich gemacht, dass wir diese Schätzung nicht so sehen. Das ist die Stellungnahme der Verwaltung gewesen. Sie hatten darum gebeten, rechnet doch mal aus, was wäre wenn, was könnte denn sein. Diese Kosten ....

**Herr Wolter**

Genau, das habe ich akzeptiert. Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. Das habe ich akzeptiert. Da ist sozusagen Ihre Darstellung die gewesen, November, kann sein, dass da mehr kommt.



Meine Frage, die mich noch mal bewegt, ist, wir haben heute eine Situation, wenn man mit bestimmten Fachleuten, nicht unbedingt jetzt, sage ich mal, unwissenden spricht, wenn man mit Fachleuten spricht und sagt, wie ist denn die Situation jetzt, was hat sich 2015 entwickelt. Da wird teilweise eine andere Darstellung genommen, als die Sie haben.

Das heißt, es ist ein Mehrbedarf, der heute schon da ist, der ist im Januar da, der wird im Februar da sein. Den können Sie wahrscheinlich in Ihrer Verwaltung auch abrufen, dass ein Mehrbedarf sofort schon vorhanden ist. Das ist zumindest die Information, die ich aus dem Schulamt des Landesverwaltungsamt ganz klar, dass dort ein Mehrbedarf definiert ist. Das sind Kinder hier, das haben Sie ja auch teilweise in Planung.

Aber Sie sagen, nein wir haben ab 01.01. keine Mehrkosten.

**Herr Lange**

Moment, ganz kleinen Moment.

**Herr Wolter**

Das war meine letzte Frage.

**Herr Lange**

Deswegen, das wäre jetzt auch meine Anmerkung. Wir haben das jetzt mal mit einem kurzen Frage-Antwort-Spiel zugelassen.

**Herr Wolter**

Danke.

**Herr Lange**

Jetzt kann der Oberbürgermeister noch mal darauf antworten und dann ist Herr Dr. Meerheim dran mit seiner Wortmeldung.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Wolter, genau diese Punkte hatten wir ja bereits berücksichtigt im Haushalt von unserer Seite aus. Diese waren eingeschlossen.

Hier, was Sie heute eingestellt haben, sind im Wesentlichen die Kosten, die weit darüber hinausgehen. Das sind erst die Schätzungen, die im nächsten Jahr kommen. Und das ist genauso wie im Bund, wie im Land.

Die Diskussionen auf Bundesebene sind genauso erfolgt. Hier hat man ganz deutlich gesagt, ich gehe doch jetzt nicht das Risiko ein, dass ich monatelang warten muss, bis ich einen bestätigten Haushalt bekomme. Und gehe dann in die Situation hinein, dass ich dann in Jahresmitte, wenn der Fall eintritt, tatsächlich auch hier die Möglichkeit haben, unter den erleichterten Voraussetzungen des Erlasses sehr schnell eine Genehmigung der Nachtragssatzung zu bekommen.

So macht es der Bund, so macht es das Land. Dort sind die gleichen Diskussionen geführt worden.

Sie gehen das Risiko ein, das habe ich deutlich gemacht, durch diese Überziehung eine vollständige Überprüfung des Haushaltes gänzlich zu riskieren und damit diesen Weg des Kompromisses und des Ausgleiches, den wir ja auch gefunden hatten, im Grunde genommen zu verlassen. Davor warne ich. Das ist mein Ansatz.

Die anderen Kommunen und auch der Bund macht das genauso. Der wartet ab, wie entwickeln sich die Kosten, entstehen überhaupt Kosten, in welcher Höhe, kann ich das möglicherweise auffangen auf den Haushalt.

Aber sie gehen doch nicht im Vorfeld da rein, zu sagen, ich gucke jetzt mal, was im November oder Dezember ist und fange jetzt schon an zu spekulieren.

Wenn ich das erkenne, ich habe das ja auch mehrfach betont, dann werden wir sofort, unverzüglich hätten wir einen Nachtrag eingereicht und hätten darüber beschlossen, unter den Maßgaben des erleichterten Vorganges des Erlasses. Und das wäre die eleganteste Lösung gewesen.

So werden diese Dinge, diese 500.000 Euro, die Sie hier jetzt reingenommen haben, den wir mühsam erarbeitet haben im Kompromiss, vollständig definitiv vom Landesverwaltungsamt überprüft werden.

### **Herr Lange**

Herr Dr. Meerheim.

### **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**

Ich habe den Text gehört, der liegt mir leider nicht vor, aber was ich da entnommen habe, zeugt entweder von Unkenntnis der Zusammenhänge eines Haushaltes beziehungsweise ist nicht ganz richtig.

Als was würden Sie bezeichnen den Zuschuss zum Zoo? Was ist das für eine Leistung? Ist die freiwillig oder ist die Pflicht? Zuschuss für das Stadtmarketing. Ist das freiwillig oder ist das Pflicht? Ein Zuschuss für die Jugendhilfe, jetzt frage ich Sie, ist das freiwillig oder ist das Pflicht? Sie sprechen dort in dem Widerspruch von freiwilligen Leistungen, ohne zu wissen, was es ist.

Die 500.000 Euro, die wir heute beschlossen haben, haben genauso wie Ihr Vorschlag, 400.000 Euro nachträglich in den Haushalt für den Zoo einzustellen, für eine freiwillige Maßnahme, eine Deckung erfahren, wie die 500.000. Im Übrigen, zum Teil aus denselben Quellen wie die 400.000 und andere Vorschläge der Stadtverwaltung, die im Nachgang zum Haushaltsplanentwurf eine Änderung erfahren haben. Insofern zieht dieses Argument überhaupt nicht.

Und nicht wir haben den Weg des Kompromisses verlassen, sondern Sie. Weil es überhaupt keinen sachlichen Zusammenhang gibt zwischen diesem Kompromiss, den wir alle gemeinsam gefunden haben, in großer Übereinstimmung, wo jeder mal an einer Ecke gequitscht hat, weil es ihm wehtat, weil er nicht alles durchbekommen hat und ein anderer sich gefreut hat. Und dann war es wieder umgekehrt.

Es gibt keinen sachlichen Zusammenhang zwischen diesem Kompromiss und dem Antrag, der da sagt, wir müssen die Kosten, die für die Flüchtlinge in dieser Stadt sekundär entstehen, auch im Haushalt wirklich abbilden.

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Inzwischen gibt es Informationen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in jedem Bundesland eine zusätzliche Außenstelle einrichten wird, um die Prozesse der Anerkennung oder Nichtanerkennung zu beschleunigen und zu verkürzen.

Da gibt es dann so bestimmte Kategorien von Flüchtlingen, a, b und c. a) sind die, die aus unsicheren Ländern kommen, b) sind die aus sicheren kommen, davon haben wir in Halle kaum noch welche, und c) sind die, wo es eine Einzelfallprüfung geben soll.

Und zwar machen die jeden Tag 250 Leute. Wie viel haben wir in der Stadt? 3.200 in unseren Gemeinschaftsunterkünften. Wenn die im nächsten Monat anfangen damit und jeden Tag 250 Anträge bearbeiten, wissen Sie wann die fertig sind?

Und das Ziel, was da dahinter steckt, das kann man natürlich leider, oder sollte man eigentlich kritisch beurteilen, weil, damit entlastet sich natürlich zuallererst der Bund. Dessen Ziel in dem Zusammenhang ist natürlich, dass die dann bei uns alle im SGB II-Bereich landen. Sprich, wir haben dann mit den Kosten der Unterkunft zu tun. Weil nach den bisherigen Regelungen, den gesetzlichen Regelungen, natürlich der Bund nur mit knapp 30 Prozent dabei ist und wir die 70 Prozent dann selbständig schultern müssen, was dann eine gewaltige Aufgabe ist. Da reichen wir mit den 4,35 Millionen, die wir gerade eingestellt haben, bei weitem nicht hin.

Mein sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich bitte Sie darum, den Widerspruch zurückzuziehen, Das ist die einzige richtige Variante, die wir hier beschlossen haben, heute, in der ersten Sitzung und wir würden uns selber konterkarieren.

Dass Sie uns jetzt das Angebot gemacht haben, den Weg zum Landesverwaltungsamt zu verkürzen, das ehrt Sie. Aber am Ende ist es nur ein Schachzug den Sie gewählt haben, weil Sie möglicherweise Angst haben, dass sonst der Haushalt zu lange draußen liegt und Sie tatsächlich nicht agieren können und wir in eine Notsituation kommen auch als Stadt.

Und wir kommen da möglicherweise ganz schnell in eine Notsituation, wenn wir jetzt die Sondersitzung nicht gemacht hätten, wir hätten bis Januar gewartet, dann hätten wir es abgelehnt. Also wir hätten dasselbe wieder beschlossen. Dann hätten Sie es eingereicht beim Landesverwaltungsamt. Dann hätten wir warten müssen, bis die eine Entscheidung dazu treffen, zu diesem Widerspruch, zu dem abgelehnten Widerspruch. Und erst dann könnten wir den Haushalt einbringen.

Geben Sie doch einfach zu, dass Sie einen Fehler gemacht haben mit der Sache jetzt. Wir sind Ihnen ja jetzt einen Schritt entgegen gekommen, indem wir diese Sondersitzung gemacht haben und sozusagen versucht haben, gemeinsam mit Ihnen diesen Weg der Entscheidung zu verkürzen. Und ziehen Sie Ihren Widerspruch zurück.

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Also, dass Sie jetzt auch noch die Fakten verdrehen, das finde ich super. Die Sitzung, die wir eben machen, ist auf meine Anregung zustande gekommen. Und das ist genau der Ansatz.

Sie überziehen den Haushalt um fünf Millionen Euro, ohne irgendwie zu sagen, wie setzen sich im Einzelnen die Bereiche zusammen, ohne eine Deckung nur ansatzweise zu suchen. Sie spekulieren und sagen, wir müssen hier ein politisches Signal setzen, möglicherweise im Landtagswahlkampf.

Und diese Situation nach außen hin darzustellen und zu sagen, wir gehen den ganz normalen Weg und machen eine Nachtragssatzung, da denken Sie nicht dran.

Von daher können Sie da nicht erwarten, dass ein gesetzlicher Verstoß vom Hauptverwaltungsbeamten anerkannt wird. Einfach so.

Und am Montag, Herr Meerheim, hat Herr Geier Sie ganz konkret gefragt, haben Sie noch Ergänzungen zu dem Kompromiss. Und alle haben gesagt, nein ist nichts, alles in Ordnung. Heute, in der Zuordnung, haben Sie noch selbst angefangen, Sie haben zwei Stunden vorher diese drei Anträge eingereicht, ohne dass Herr Geier das noch überhaupt bewerten konnte. Und dann sagen Sie, wir sollen das gutheißen und sollen das tolerieren.

Sie gehen eindeutig das Risiko ein, hier bewusst den Haushalt zu überziehen. Und von daher ist der Widerspruch genau das gesetzliche Maß. Das kann doch jetzt auch das Landesverwaltungsamt ganz entspannt entscheiden.

Wenn Sie sagen, es ist überhaupt gar kein Problem fünf Millionen Euro zu überziehen, dann wird das Landesverwaltungsamt ja einfach den Haushalt entgegennehmen und ruckzuck durchwinken.

**Herr Dr. Meerheim**

Sie unterschätzen Ihren Verwaltungsbeamten, der gleichzeitig Bürgermeister ist. Der war nämlich in die Dinge einbezogen.

**Herr Lange**

Herr Dr. Meerheim, das geht so nicht.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Dr. Meerheim, wenn Sie das Landesverwaltungsamt ... es ist doch kein Problem, wir sehen doch das. Wir schicken morgen das Verfahren raus. Das Landesverwaltungsamt hat den Haushalt auf dem Tisch mit dem Widerspruch. Und dann werden wir sehen, wie schnell wir die Genehmigung vom Landesverwaltungsamt bekommen.

Ich habe die Verpflichtung, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass Sie hier mit fünf Millionen Euro den Haushalt überziehen. Das ist gesetzlich nicht zulässig.

**Herr Lange**

So, jetzt habe ich Herrn Krause und dann hätte ich noch mal Herrn Dr. Meerheim, wenn er das möchte.

**Herr Dr. Meerheim**

Nein, das reicht mir.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**

Also, Herr Oberbürgermeister, ich möchte in aller Entschiedenheit zurückweisen, dass diejenigen, die hier verantwortungsvoll diskutieren und wir beide haben lange miteinander diskutiert, sowohl im Hauptausschuss als auch im Finanzausschuss, wenn Sie sich bitte erinnern, irgendetwas im Hinterkopf haben mit Wahlkampf. Die Flüchtlinge sind nicht zum Wahlkampf gekommen, sondern sie sind gekommen aus Not hierher.

Und wir reagieren vorsorglich in einer Haushaltsdiskussion in einer Haushaltsbeschlussfassung auf die Situation, weil Ihre Annahme, dass die Leute, die jetzt zu uns kommen, eins zu eins integrierbar wären.

Sie haben selber vorhin davon gesprochen, dass etwa 50 Prozent sich entschlossen haben, in der Stadt Halle bleiben zu wollen und hier ihre Existenz aufbauen zu wollen.

Sie glauben doch nicht im Ernst, dass sämtliche Leute so hoch qualifiziert und so angepasst an unsere Lebenskultur sind, dass sie eins zu eins integrierbar sind, ohne dass irgendetwas an zusätzlichen Leistungen, zum Beispiel auch im Anspruch auf Transferleistungsbezug, herauschaut. Und es ist ja schon eine hohe Anzahl von Flüchtlingen, die im Moment betreut werden, die schon einen gewissen Status haben.

Sie können doch nicht sagen, dass erst im November ... Sie können natürlich ..., aber es stimmt nicht aus meiner Sicht, erst Ende November/Dezember gegebenenfalls ein paar Ansprüche auflaufen. Das sehen wir vollkommen anders.

Und ich kann Ihnen nur eins sagen, ich möchte es mal ganz in aller Deutlichkeit sagen, wenn hier bereitwillige Unternehmen in dieser Stadt sind, die sagen, jawohl, wir engagieren uns, wir brauchen auch die Arbeitskräfte, wir stellen die Leute ein, ist das eine tolle Sache und da unterstützen wir die Unternehmen alle. Gar keine Frage.

Nur, was machen Sie, wenn diese Unternehmen auf einmal feststellen, bei der einen oder dem anderen passt es doch nicht so. Und die werden dann sozusagen mehr als drei oder zehn, oder dreißig oder fünfzig zurückgeschickt in den Leistungstransferbezug. Was ist dann? Dann laufen die Kosten auf.

Und wir wissen es, dass die Leute hier sind, sie sind sozusagen körperlich anwesend, sie sind da, sie werden auf jeden Fall ihren Anspruch geltend machen müssen, weil sie davon leben. Und dann können wir nicht sagen, die Kosten sind nicht zu erwarten.

Und wir haben, genauso wie Sie das immer machen, ich habe es versucht, in der Rede vorhin zu sagen, bei den Tarifverhandlungen wissen wir auch nicht, was am Ende rauskommt. Wir stellen aber vorsorglich aus kaufmännischer Vorsicht 1,5 Prozent ein und sagen o.k., dann warten wir die Verhandlung ab und gucken, was man sozusagen spitzrechnen muss, wie das tatsächliche Ergebnis ist.

Hier müssen wir das genauso tun, wenn wir ungefähr kalkulieren. Und da haben wir uns nach den Rechnungen gerichtet, die Sie uns als Modell gezeigt haben, stellen wir diese Größenordnung ein. Dann ist das doch nur transparent.

Wir zeigen dem Land die Mehrkosten an, die wir für möglich halten oder die wir für wahrscheinlich halten und wir genügen sozusagen auch der Transparenz zum Haushalt.

Und ich sage Ihnen ganz offen, gehen Sie doch mal in alle anderen Kommunen und Landkreise, die haben doch das gleiche Problem. Magdeburg stellt das auch ein. Das Land reagiert doch in ihrer Bewertung nicht nur auf die Stadt Halle. Die wissen, dass alle das Problem haben, deutschlandweit. Und wenn dann eine Kommune diese Kosten separat darstellt, ist das doch nur vernünftig.

Ich verstehe Sie nicht. Also beim besten Willen nicht.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Also Herr Krause, es geht ja nicht nur darum. Es geht auch um die anderen Leistungen, die zusätzlich eingestellt worden. Das hätte erst mal gegengerechnet werden müssen. Ich hatte es ja eben deutlich gemacht.

Die Zuordnung, wie Sie sagen, wenn das alles so entspannt wäre, da sind wir ja jetzt dabei. Wir haben ja jetzt einen Verfahrensweg erarbeitet, zu sagen, wir bringen das so schnell wie möglich zum Landesverwaltungsamt und dann werden wir sehen, wann wir die Bestätigung des Haushaltes kriegen.

Ich kann momentan nur sagen, unter dieser Beobachtung, unter dieser Darstellung, wie sich momentan das Verfahren hier zugetragen hat, dann kann ich nur sagen, ich glaube nicht, dass wir so schnell einen Haushalt, einen bestätigten Haushalt bekommen.

Das wird erst mal einige Zeit dauern, das muss ja vollständig geprüft werden. Und dann werden wir belegen müssen, wie setzen sich die fünf Millionen zusammen, wie setzen sich die 500.000 zusammen.

Wir haben hier, sind ohne Not zum jetzigen Zeitpunkt, ohne Not haben wir hier den Fehlbetrag des Haushaltes herbeigeführt. Und von daher, wir werden uns ja wieder sprechen, wie lange das Landesverwaltungsamt benötigt. Deshalb haben wir alle, jetzt verfahrensmäßig alle Voraussetzungen geschaffen, um unverzüglich den Haushalt jetzt dem Landesverwaltungsamt vorzulegen.

Und von daher kann ja das Landesverwaltungsamt sehr schnell entscheiden und den Haushalt bestätigen. Dann ist das doch o.k.

*... unverständliche Zwischenrufe*

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Das kann ich eben nicht, weil Sie über die Leistung hinausgegangen sind. Sie haben bewusst einen Haushaltsverstoß begangen.

**Herr Lange**

Ja.

Frau Dr. Brock.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ich versuche es jetzt noch zum letzten Mal.

Es geht ja nicht darum, dass irgendjemand jetzt hier seine Schuld und seine Fehler irgendwie eingestehen soll. Sondern es geht darum, dass wir nach einer Zeit des Durchatmens einen vernünftigen Beschluss fassen.

Wir haben jetzt eine Chance noch einmal sozusagen auf eins zu drehen. Nicht auf null, sondern auf eins zu drehen. Wir können jetzt noch mal den Haushalt so beschließen, wie wir ihn in der ersten Sitzung schon beschlossen haben. Und dann ist der Oberbürgermeister völlig frei, auch nicht zu widersprechen. Dann geht der Haushalt auch zum Landesverwaltungsamt und wir können alle erhobenen Hauptes aus dieser Situation herausgehen, ohne Stress und in die Bürgergesellschaft hinaus sagen, wir sind konsensfähig.

**Herr Lange**

Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Also Frau Brock, wenn das so einfach wäre, dann wäre das ja alles wunderbar. Ich kann mir das nicht aussuchen. Ich kann nicht einfach sagen, ich lege keinen Widerspruch ein. Ich bin dazu verpflichtet. Das habe ich versucht, mehrfach deutlich zu machen.

Sie sind doch auch ständig dabei, gegen mich Verfahren einzuleiten und zu führen, weil ich möglicherweise aus Ihrer Sicht nicht den Verpflichtungen nachkomme. Ich kann es mir nicht erlauben.

Das heißt, ich bin dazu schadensersatzpflichtig, wenn ich nicht diese Möglichkeiten nicht zwingend wahrnehme. Ich bin dazu verpflichtet. Ich kann ... das ist kein Spielchen, wo man jetzt sagen kann, ich könnte jetzt davon absehen. Der Hauptverwaltungsbeamte ist dazu verpflichtet. Und dieser Pflicht komme ich nach. Ich lasse mir kein Disziplinarverfahren unter diesen Voraussetzungen in irgendeiner Weise oder irgendwelche Vorwürfe, dass ich meiner Pflicht nicht nachgekommen bin, nachsagen.

**Herr Lange**

Herr Dr. Wend.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister. Wir haben die Sitzung des Jugendhilfeausschusses auf den siebzehnten gelegt, extra, damit wir die Fördermittelvergabe steuern können. Das ist dann alles Makulatur.

Wenn Sie Ihren Widerspruch aufrecht erhalten, bitte ich Sie, dann lade ich Sie als Ausschussvorsitzender ein, kommen Sie um 18 Uhr, Saal 116, erklären das den freien Trägern.

Sie haben gesagt, wir haben hier ohne Not Aufwüchse beschlossen, ohne Not. Dann können Sie den freien Trägern erklären, warum da keine Not ist. Vielleicht, Sie haben das in Erinnerung, ist da doch Not.

Und dann sage ich noch was. Sie sagen, der Kämmerer hat von nichts gewusst. Es gibt zwar das formale Versenden von Anträgen, aber es gibt auch vorher eine politische Debatte. Sie führen die Debatte ja nur rechtlich über Gesetze. Aber wir führen auch politische Debatten in dieser Stadt. Und es hat schon längst eine Debatte auch mit dem Kämmerer gegeben über Probleme, die da sind. Deswegen ist das alles nicht unbekannt gewesen.

Aber es bleibt, wenn es bei Ihrer Kompromisslosigkeit bleibt, kommen Sie morgen in die Jugendhilfeausschusssitzung und erklären Sie das den freien Trägern. Danke.

**Herr Lange**

Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich gehe davon aus Herr Wend, dass Sie den freien Trägern ausrichten, dass der Stadtrat sich den Möglichkeiten des Haushaltes so nicht gestellt hat. Wir hätten morgen sofort diese Möglichkeiten gehabt, wenn Sie den Haushalt ausgeglichen hätten und wir uns auf die Kompromissformel geeinigt hätten. Diesen Weg haben Sie verlassen.

Und ich möchte es noch mal deutlich betonen, Herr Bürgermeister Geier hat von den Anträgen erst zwei Stunden maximal vorher erfahren, genauso wie alle anderen innerhalb der Verwaltung. Und deshalb bitte ich Sie, selbst zu erklären, dass Sie den Vorgang herbeigeführt haben und dass dann natürlich auch die vorläufige Haushaltsführung gilt.

**Herr Lange**

Herr Dr. Meerheim.

**Herr Dr. Meerheim**

In einem muss man Ihnen .... eines muss man Ihnen lassen, Sie sind konsequent.

Konsequent, indem draußen das Leben an Ihnen vorbeigeht und pulsiert und das Leben besteht aus Paragraphen.

Sie müssen gar nichts, Sie müssen gar nichts. Herr Dr. Wend hat es gerade gesagt, die Politik hat Ihnen alle Möglichkeiten, und zwar einstimmig in diesem Fall, gegeben, anders handeln zu können. Das Gesetz zwingt Sie nicht dazu, diesen Widerspruch gegen einen unausgeglichenen Haushalt auszusprechen. Das ist Quatsch. Sie können es, Sie müssen es nicht.

In den vergangenen Jahren vor Ihnen haben Oberbürgermeister dutzende weise unausgegliche Haushalte eingereicht. Da hat es nie einen Widerspruch gegeben und da gab es auch keine Rüge. Einmal haben sie mal gezuckt, aber es hat am Ende gar keinen interessiert.

Warum tun Sie so etwas?

Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, bitte klären Sie mich auf, ob ich richtig zugehört habe, hätten Sie von uns verlangt, weil wir ja 500.000 Euro zusätzliche freiwillige Leistungen ungedeckt in den Haushalt jetzt mit eingenommen haben, vorher die gegenzurechnen, gegen die 4,35 Millionen Euro. Wenn das so ist, ist genau das ... wäre das eingetreten, was hier im Saal keiner möchte. Und dafür sollten Sie bitte Abstand nehmen von solchen Aussagen hier im Saal, die so zu treffen.

Erstens sind diese Ausgaben gedeckt, genauso wie die städtischen, die Änderungen die aus der städtischen Verwaltung kamen, die sich genauso im freiwilligen Bereich bewegt haben, wie unsere zum Teil auch. Das gebe ich gerne zu.

Aber viele von denen, die in den 500.000 drin sind, sind auch Bestandteile von pflichtigen Aufgaben nach Gesetz. Da gibt es sicherlich immer einen Ermessensspielraum, das wissen wir auch. Den auszufüllen, das entscheidet dann unter Umständen die Politik mit dem Zustandekommen eines Haushaltes, solange der gedeckt ist.

Und wenn Sie von uns verlangen, dass wir von den 4,3 vorher die 500 wegrechnen, dann tun Sie nichts anderes, als was ich versucht habe vorhin in meiner Haushaltsrede ausdrücklich auszuschließen. Wenn Sie uns das raten, dann können Sie montags demnächst da draußen mit demonstrieren. Und das wollen wir doch wohl alle nicht.

Genau das ist der Punkt, warum wir sagen, wir wollen diese Kosten und zwar so gut wie möglich kalkuliert in den Haushalt stellen, damit jeder draußen sieht, dass es nicht für umsonst zu haben ist. Und das wir Unterstützung als Kommune brauchen von den Ebenen, die oben drüber Entscheidungen für uns treffen.

Was wir nicht wollen ist, dafür Leistungen zu kürzen für Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt. Und auch, wenn wir erst zu der Erkenntnis kommen, wenn der Haushalt schon mal durch den Finanzausschuss war.

Und ich gebe Ihnen Recht, Herr Dr. Wend, der Bürgermeister wusste über all die Dinge, die heute da vorlagen als Anträge, inhaltlich Bescheid. Zuletzt in der Beratung beim Oberbürgermeister. Da ging es zum Beispiel um die Erweiterung des Kreditrahmens Kassenkredite. Und die anderen Dinge haben wir mindestens zehnmal im Finanzausschuss und daneben besprochen. Das ist also nicht über die Verwaltung gefallen, sondern sie wussten es selbstverständlich, dass da noch was kommt. Und wir haben es ja auch angedeutet, dass da noch was kommt.

Wir haben am Montag Ihnen gegenüber nichts gesagt, nein, da kommt noch ein Antrag. Muss ich auch nicht. Dazu bin ich nicht verpflichtet. Ich kann auch heute noch einen Antrag stellen. Weil, wir sind die Hoheit über den Haushalt.

#### **Herr Lange**

So, jetzt hat Herr Scholtyssek das Wort.

Der Herr Oberbürgermeister möchte vorher noch mal. Bitteschön Herr Oberbürgermeister.

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich würde drum bitten, nur das man sagt, wenn man das alles so machen würde, wie Sie das ... machen immer fünf Millionen, das ist ja der Grund gewesen, warum die Stadt so hoch in den letzten Jahren verschuldet ist. Weil nämlich die Oberbürgermeisterinnen von dem Widerspruchsrecht kein Gebrauch gemacht haben und die Stadt in das tiefe Dispo hineingeführt haben. Das müssen wir ja mal deutlich sagen.



Und von daher kann man doch den Weg, den ich jetzt skizziert habe, doch durchführen.

Sie wissen nicht und Sie wissen nicht genau, welche Kosten kommen. Und wann und genau wissen Sie es auch nicht. Trotzdem wollen Sie jetzt, um einfach ein Zeichen zu setzen, so war Ihre Begründung vorhin, ich schätze mal ein Zeichen, damit auch alle wissen, dass wir unterfinanziert sind. Und jetzt schmeiße ich das da rein und wir haben ein Zeichen gesetzt, dem Land, dem Bund, die Stadt ist unterfinanziert. Und von daher, diese Argumentation, so können Sie in der Darstellung nicht vorgehen. Das ist nicht möglich.

Ich habe auch gar kein Problem, ich weiß auch nicht, Herr Meerheim, warum wir jetzt eigentlich noch so lange diskutieren. Wenn Sie dieser Auffassung ..., wenn Sie sich so sicher wären, dann stimmen Sie doch einfach durch und dann haben wir die Mehrheiten und dann ist es durchgeführt.

Ich habe Ihnen doch deutlich gesagt, ich habe eine andere Auffassung.

Herr Krause und ich haben im Finanzausschuss sehr sachlich, sehr, sehr lange über dieses Thema gestritten, nein, wirklich uns fair auseinandergesetzt zu dem Thema. Und wir hatten deutlich gemacht, dass ich die Auffassung des Bundes und des Landes vertrete, die das genauso machen.

Und Sie vertreten eine andere Auffassung. Das ist doch legitim.

Und dann können wir doch abstimmen und wir werden sehen.

Ich warne vor den Folgen, vor der vorläufigen Haushaltsführung, vor den Zeiten, die wir jetzt verlieren, wo gerade die freien Träger morgen gerade nicht arbeiten können, weil unter diesen Voraussetzungen es relativ schwierig ist. Und davor habe ich gewarnt.

Und jetzt weiß ich nicht, was das Landesverwaltungsamt macht. Wenn Sie wissen, dass das Landesverwaltungsamt das alles durchwinkt, dann ist es doch gut. Dann stimmen wir ab und wir schicken so oder so dann morgen die Unterlagen zum Landesverwaltungsamt, verlieren keine Zeit und dann werden wir sehen, was das Landesverwaltungsamt mit Ihren Anträgen macht.

### **Herr Lange**

Gut. Herr Scholtyssek.

### **Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**

Ja, sehr geehrter Herr Dr. Wiegand, manchmal würde ich mir wünschen, Ihre Fähigkeiten und Ihre Ausbildung als Mediator hier erleben zu dürfen. Aber das nur als Vorrede.

Ich wollte nur eine kurze Erklärung abgeben für die CDU/FDP-Fraktion. Ich hatte ja vorhin in meiner Haushaltsrede dargelegt, warum wir dem Haushalt nicht zugestimmt haben, weil wir ihn für unrealistisch halten. Wir haben aber auch den Änderungsanträgen zugestimmt. Und einer der Änderungsanträge hat jetzt eben zu Ihrem Widerspruch geführt, der siebenundzwanzigste, wenn ich richtig mitgezählt habe.

Deswegen wollen wir uns gerne mit allen anderen Fraktionen solidarisieren und werden jetzt zustimmen, um Ihren Widerspruch zurückzuweisen.

Das nur als Erklärung.

### **Herr Lange**

Als nächster hat Herr Wolter das Wort.

### **Herr Wolter**

Das sind eben die Ergebnisse von Widersprüchen. Man denkt eben konstruktiv nach.

Herr Oberbürgermeister, Sie hatten auf meine Frage vorhin, es ist ja wirklich eine Frage des Verstehens, ich habe drei Minuten, ich weiß, die Erläuterung, die Sie gegeben haben, war im Finale eher die, dass Sie sagen, mir geht es in der Sache darum, dass ich jetzt nicht die Kosten einstellen möchte, das könnte passieren perspektivisch, weil ich eine Genehmigungsfähigkeit herstellen möchte auch mit dem Haushalt.

Das ist doch eigentlich, wenn ich Sie richtig verstehe, unabhängig vom Kommunalverfassungsgesetz, das, was Sie als Grund Ihres Widerspruchs definieren. Das heißt, jetzt haben wir aber eine andere Situation, als wie bei den anderen Widersprüchen, die Sie in letzter Zeit ... wo Sie aus gesetzlichen Gründen gehandelt haben.

Weil, wir haben hier noch gar keinen genehmigten Haushalt. Wir haben auch gar keine Rechts.... wir haben nämlich eine Vorentscheidung getroffen und wir übergeben sie an das Landesverwaltungsamt, wo Sie eigentlich in der Position sind, wo Sie sagen können, ja ich gebe mal die Hinweise, die Sie gegeben haben, ich habe eine andere Auffassung, das haben Sie vorhin auch gesagt, haben Sie dargestellt, das ist ja alles legitim. Aber hier ist das Landesverwaltungsamt in der Pflicht, zu bewerten, wie wir sozusagen da beurteilt werden und die Genehmigungsfähigkeit herzustellen oder uns Hinweise oder Auflagen zu erteilen.

Die Hinweise auf Vorjahre funktionieren und interessieren mich auch nicht so sehr. Also das finde ich auch unnötig.

Meine Frage ist, geht es Ihnen in der Sache um die Genehmigungsfähigkeit? Geht es Ihnen um die Kosten? Die haben Sie, wie gesagt, eingeräumt, nur ich möchte Sie jetzt noch nicht haben, sondern eher dann, wenn der Bedarf da ist.

Sie haben ja nicht den Widerspruch eingeräumt, dass wir die 180 Stellen geschaffen haben, weil dort eine hundertprozentige Deckung prognostiziert wurde. Es ist aber der Bedarf ja da. Also, können Sie mir noch mal sagen Genehmigungsfähigkeit oder Kosten? Oder ist ein Kompromiss, würden Sie sagen zwei Millionen könnte ich mal mit einstellen, oder eine Million, oder?

Das bringen Sie ja nicht. Also Sie sagen ja nicht, dass in irgendeiner Form ... Also Kompromiss wäre jetzt noch mal ein anderer Handlungsvorschlag vielleicht von Ihrer Seite im Widerspruchsgespräch, was wir gerade führen.

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ihre Art der Fragestellung und das Drehen und Machen macht die Sache jetzt in der Antwort nicht besser. Da kann man sagen sowohl als auch. Genauso wie Ihre Frage ist. Das heißt, es ist beides natürlich zu berücksichtigen.

Und die Fragestellung, auch gerade was Sie mit dem Personal ansprechen, auch das wird natürlich genau überprüft. Auch die Argumentation, die wir natürlich insgesamt auch durchdiskutieren im Hinblick auf die Deckung der Kosten. Und vor allen Dingen natürlich die Fragestellung, muss ich 183 Stellen zum jetzigen Zeitpunkt in den Haushalt einstellen? Auch diese Frage wird mit Sicherheit auch vom Landesverwaltungsamt dort begutachtet.

Und auch darüber hatte ich Sie ja auch informiert, dass ich da mit dem Präsidenten auch ein Vorgespräch dazu hatte. Und von daher, ich kann Ihnen das nur empfehlen. Der Weg, wie ich es vorgeschlagen habe. Es geht doch gar nicht darum, ich muss Sie doch beraten.

Und wenn ich unter den Voraussetzungen Ihnen jetzt den Ratschlag gebe, lassen Sie uns doch dann in den Nachtrag gehen oder überplanmäßige Ausgaben machen, ist das mein Vorschlag an Sie. Und wenn Sie sagen, nein das möchten wir nicht, bitte ich Sie abzustimmen und dann überlege ich mir, wie ich mit dem Widerspruch dann weiter umgehe.

Ich kann Ihnen nur sagen, es liegt ein klarer Rechtsverstoß vor. Und dieser Rechtsverstoß zwingt mich zum Widerspruch.

**Herr Lange**

Herr Rothe.

**Herr Rothe, SPD-Fraktion**

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Meines Erachtens kann man die Situation dadurch entschärfen, dass wir eine Formulierung finden im Haushalt, mit der die vom Stadtrat zusätzlich beschlossenen Aufgaben kompensiert werden.

Das Volumen von fünf Millionen, gemessen am Gesamtvolumen des Haushaltes, hält sich so in Grenzen, dass man meines Erachtens, da möchte ich aber auch den zuständigen Beigeordneten, Herrn Geier um Hilfe bitten, ich habe die Formulierung nicht im Kopf, wie man das machen kann, aber meines Erachtens ist es möglich, rechtssicher eine Formulierung zu finden, mit der wir die rechtliche Problematik entschärfen. Indem man etwa sagt, die Mehrausgaben sind auszugleichen, wenn nicht durch Mehreinnahmen vom Land und vom Bund, oder soweit das nicht gelingt, auszugleichen durch überplanmäßige Einsparungen an anderer Stelle im Haushalt.

Ich denke, das ist rechtssicher möglich. Und dadurch würden wir vermeiden, dass infolge einer rechtlichen Prüfung oder sogar gerichtlichen Auseinandersetzung über Monate hinweg in das neue Jahr hinein die Haushaltslage unsicher ist.

Also meine Bitte an die Verwaltung ist, eine solche rechtssichere Formulierung vorzuschlagen. Danke.

**Herr Lange**

Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Rothe, ich finde diesen Vorschlag sehr, sehr gut.

Und insoweit, wenn wir uns jetzt überlegen, wo wir möglicherweise auf der Einnahmeseite erhöhen können, dass wir diesen Ansatz von fünf Millionen dann auch hineinbekommen in den Haushalt, dann wäre der Haushalt wieder gedeckt.

Das heißt, wir werden uns morgen mit Herrn Geier hinsetzen und werden überlegen, ob wir eine Deckung herbeiführen. Dann ist der Haushalt ausgeglichen.

Und jetzt, meine Damen und Herren, kommt der Moment, wollen Sie das? Das ist ja die spannende Frage. Wollen Sie, dass der Haushalt ausgeglichen ist?

Ich sehe es ja, also momentan, deshalb ist der Kompromissvorschlag genau der Ansatz, den Herr Rothe eben vorgestellt hat, wo wir morgen versuchen können, damit zu arbeiten. Aber das wollen Sie ja nicht. Sie wollen ja das politische Signal setzen.

Und da zeigt es sich, wie schizophren das ist, wie schizophren diese Debatte ist.

Wenn Sie nämlich ...

**Herr Lange**

Herr Oberbürgermeister, es muss hier niemand Schizophrenie vorgeworfen werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Wenn Sie ..., der Vorgang habe ich gesagt. Ich habe hier keiner Person hier irgendwas vorgeworfen. Der Vorgang ist schizophren.

Und wenn Sie dieser Meinung wären, dann würden Sie alle sagen, Herr Rothe wunderbar, Supervorschlag haben Sie gemacht.

Bin ich sofort einverstanden. Wir setzen uns morgen hin, arbeiten das aus, ob wir eine Chance haben, die Einnahmeseite in irgendeiner Weise um diese Summe zu erhöhen. Und dann hätten wir den Haushalt ausgeglichen, dann haben wir sofort die Lösung.

Von daher Herr Rothe, sind Sie heute mein Held des Tages.

**Herr Lange**

Herr Krause.

**Herr Krause**

Herr Oberbürgermeister, ich möchte Ihnen noch mal eine kleine Hilfestellung geben, warum wir so darauf pochen.

Wir haben heute vier Beschlussvorlagen gehabt. Die 7.4, da haben wir überplanmäßige Ausgaben von insgesamt circa 4,7 Millionen Euro beschlossen. 7.5, da haben wir 1,4 Millionen Euro beschlossen. 7.6, da haben wir 700.000 Euro beschlossen. 7.7, da haben wir drei Millionen beschlossen. Das sind 11,8 Millionen nur heute überplanmäßige Ausgaben. Ich bin jetzt nicht in der Lage, die ganzen überplanmäßigen Ausgaben von diesem Jahr anzugucken.

Und da reden Sie noch von Haushaltwahrheit und Haushaltklarheit. Das sind Beträge, die wollen wir nächstes Jahr so nicht sehen in einem Nachtrag, wenn wir jetzt schon wissen, dass es in diese Richtung geht.

Da ist ein ganzes Teil, auch im Millionenstellenbereich, Kostenaufwendungen dabei, für Asylbewerber. Und das ist auch in Ordnung. Da stehen wir auch dazu. Aber die stehen ja, sind ja schon für 2015 als überplanmäßige Ausgaben abgebildet.

Wenn wir das wissen, können Sie uns doch nicht sagen, diese Kosten entstehen nicht.

**Herr Lange**

Ja, Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Erst mal drehen wir uns jetzt im Kreis, weil Sie ja sagen, nein Sie möchten es doch so aufrechterhalten, dass der Haushalt überzogen wird.

Ich möchte von Ihnen ganz gerne auch ein Votum, ob ich den Gedanken von Herrn Rothe, ob wir in der Verwaltung dem noch mal nachkommen sollen und überlegen sollen. Oder ob Sie sagen von vornherein, Sie möchten das nicht.

**Herr Lange**

So, erstmal steht der Widerspruch im Raum. Herr Senius hat das Wort.

**Herr Senius, SPD-Fraktion**

Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihren Ausführungen in der Begründung, warum Sie die

flüchtlingsbedingten Mehrkosten im Haushalt nicht aufnehmen wollen, zweimal jetzt in den Ausführungen ausgeführt, Bund und Länder würden es genauso machen.

Herr Oberbürgermeister, das stimmt nicht. Ich habe mir jetzt gerade mal den Entwurf des Bundeshaushaltes angeschaut. Selbstverständlich stellt der Bund in seinen Haushaltsentwurf flüchtlingsbedingte Mehrausgaben in den Haushalt ein. Das ist auch nur vernünftig, von präzisen Annahmen auszugehen. Ob die dann realistisch sind, wissen wir nicht, aber der Bund geht von Annahmen aus.

Der Bund weiß, nach welchem Schlüssel er die Flüchtlinge auf das Land verteilt.

Das Land weiß auch, nach welchem Schlüssel im Ergebnis die Flüchtlinge auf die Kommunen und auf die Gebietskörperschaften verteilt werden. Und das sind die Annahmen. Und diese Annahmen müssen natürlich auch in den Sekundärkosten des Haushaltsentwurfes sich wiederfinden und damit in den Haushalt eingestellt werden

Das wollte ich nur beisteuern zu Ihrer Argumentation, die auch an dieser Stelle fehlerhaft ist.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Also ich weiß nicht Herr Senius, vielleicht haben Sie noch nicht in diesen Haushalt reingeguckt. Über 50 Millionen Euro haben wir an Sach- und Personalkosten eingestellt für den Flüchtlingsstrom, 50 Millionen Euro.

Und von daher gehen wir eben davon aus, weil Sie sagen, Herr Senius, es kommt nicht dazu, wir haben nichts vorbereitet. Genau das hat der Bund auch gemacht. Genauso hat der Bund auch gehandelt.

Und zu sagen, wir haben jetzt eine Flüchtlingskrise und deshalb müssten wir jetzt den Haushalt überziehen, wie gesagt, ich habe da Probleme mit dieser Argumentation.

### **Herr Lange**

Herr Knöchel.

### **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**

Ich verfolge die Diskussion mit großem Interesse. Ich finde es schwierig, wenn hier vorn jemand sitzt, der einen Amtseid geleistet hat, Schaden an der Stadt abzuwenden und er beim Haushalt von über 600 Millionen sich sozusagen hier auf Kleinkram kapriziert. Gut, Ihre Sache.

Ich möchte aber einen Vorwurf zumindest hier nicht in diesem Raum stehen lassen, den Sie vorhin behauptet haben. Sie haben vorhin behauptet, Ihre Amtsvorgängerinnen hätten durch Widerspruch es unterlassen, negative Haushalte zu beanstanden und die Stadt dadurch ins Dispo zu führen.

Sie sind noch nicht so lange im Amt wie Ihre Vorgängerinnen, unser Dispo beläuft sich auf 234 Millionen und fast die Hälfte davon entfällt auf Dispoaufnahme in Ihrer Amtszeit.

Das hängt nämlich damit zusammen, dass wir einen Wechsel des Rechnungslegungssystems hatten, was in Ergebnis- und Finanzhaushalt unterteilt. Demzufolge hatten Sie die Möglichkeit, durch Auflösung von Rücklagen, also rein rechentechnisch, eine schwarze Null zu produzieren. Das ist uns in diesem Jahr nicht möglich, weil bestimmte Herausforderungen vor uns stehen.

Würden wir die Haushalte Ihrer Vorgängerinnen, also das Rechnungssystem Ihrer Vorgängerinnen nehmen und kameralistisch umrechnen, dann wissen Sie genauso gut wie ich, dass es niemals in Ihrer Amtszeit eine schwarze Null gegeben hat. Das ist eine unumstößliche Tatsache, die festzustellen hier notwendig war.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Knöchel, also ich finde es ein bisschen eigenartig, dass man dann den Raum gleich verlässt, aber ....

Also diese Debattendiskussionen zu führen, wer hat was wann veranlasst, unter diesen Voraussetzungen halte ich ein bisschen schwierig.

Aber nur eins müssen wir, wir müssen ja eins festhalten, also bei den ..., als ich ins Amt gekommen bin, stand der Finanzkommissar vor der Tür. Der steht momentan nicht vor der Tür.

Und da können Sie sagen, das war der OB oder der Finanzbeigeordnete, die sich nämlich insgesamt unheimlich reingehauen haben, um hier einen Haushalt vorzulegen, der genehmigungsfähig ist.

Und wenn die Kommunalverfassung sagt, es geht nur darum zu sagen, erhöht sich das Vermögen der Stadt oder reduziert sich das Vermögen, wenn hier eine Waage genommen ist und Ausgleich geschaffen ist, dann bedeutet das, dass nach der Kommunalverfassung die Voraussetzungen gegeben sind, kein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen.

Und von daher ist schon einiges passiert, denn ansonsten würde nämlich der Finanzkommissar vor der Tür stehen.

### **Herr Lange**

So, Herr Dr. Meerheim hatte noch eine Frage an den Oberbürgermeister, glaube ich? Nicht mehr, gut.

Dann wäre Herr Senius jetzt noch mal dran. Er hat kein ... *unverständlich* ...

Dann Herr Doege. Herr Doege hat das Wort.

### **Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**

Also ich unternehme trotzdem noch mal den Versuch. Ja, und zwar, Herr Oberbürgermeister, wenn wir jetzt diesen Widerspruch abstimmen und er sollte so ausgehen, dass das, was wir vorhin beschlossen haben, bestätigt wird, was hindert Sie denn daran, die Anregung von Herrn Rothe aufzugreifen und morgen umzusetzen? Sagen Sie mir das. Das ist doch eine einfache Kiste von der Welt. Wir kriegen endlich diesen Widerspruchsbeschluss hier hin und Sie sagen, na gut, das ist der politische Wille des Stadtrates und ich setze mich hier hin und suche eine Lösung in dem Sinne von Herrn Rothe. Mein Gott, was ist da so schwierig?

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Doege, da ist nichts schwierig, das ist ja genau der Vorschlag, den ich machen würde. Das ist vollkommen richtig. Wir setzen uns ... ich habe das ja eben gesagt, als Herr Rothe das gesagt hat, genau das habe ich gesagt, wir setzen uns morgen hin, arbeiten das aus, gucken, ob wir den Haushaltsausgleich hinkriegen und dann würden wir dementsprechend, könnte ich natürlich auf den Widerspruch verzichten.

Also von daher ... warum, ich weiß nicht, ich bin ja .... *unverständliche Zwischenrufe* .... das frage ich mich doch auch. Hier soll doch das politische Signal gesetzt werden, das ist ja der Ansatz.

Herr Doege, wir sind doch dicht zusammen.

### **Herr Lange**

Also ich habe das dann jetzt so verstanden, dass der Oberbürgermeister dann nicht automatisch erneut Widerspruch einlegen würde.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Nein, das würde er nicht.

Wenn er den Haushaltsausgleich mit Herrn Geier und mit der Verwaltung noch hinbekommt, würde ich keinen Widerspruch einlegen.

**Herr Lange**

Das klingt doch gut. Jetzt würde der Vorsitzende des Finanzausschusses dazu noch mal was sagen.

**Herr Dr. Meerheim**

Es würde mich wundern, jetzt bin ich etwas entsetzt, dass Sie dem auf den Leim gehen.

Lieber Herr Rothe, ich weiß, in welche Richtung Sie wollen, aber der Oberbürgermeister legt das anders aus, als Sie. Das ist der Unterschied.

Sie gehen in Richtung GMA und er geht in Richtung Leistungskürzung. Und das ist ein feiner Unterschied. Sie wollten, ähnlich wie im Land, ich sage mal ein Prozent des Gesamthaushaltes als globale Minderausgabe haben. Das ist dann sozusagen, entweder ich habe geringere Ausgaben an anderer Stelle oder mehr Einnahmen. Und beides zusammen ergäbe das dann irgendwo und das steht mit zur Verfügung, um solche bisher ungedeckten Schecks im Laufe der Haushaltsdurchführung decken zu können.

Das meint er aber nicht. Er meint etwas völlig anderes.

Und das auch zu Ihnen, Herr Doege. Ich bin nicht bereit, Leistungen aus dem Haushalt für Bürger dieser Stadt zu kürzen, nur um die schwarze Null als Mantra vor mir hertragen zu müssen und nach draußen das zu stellen.

Herr Knöchel hat Ihnen gerade gesagt, wie die Wahrheit wirklich ist.

Wenn Sie Ihm einen Freibrief geben, den Haushalt morgen auszugleichen, wissen Sie was der dann macht, da nimmt er die 500.000, die wir heute beschlossen haben, dann kommen noch weitere zu, wo er vielleicht direkten Zugriff hat, ohne uns fragen zu müssen und dann wird da auch noch mal 4,5 Millionen gekürzt. Und wenn Sie dann sagen, das war es, was ich wollte, da muss ich sagen, da hätten Sie mich persönlich bitter enttäuscht.

Ich glaube, das hatten wir auch so nicht kommuniziert untereinander, das zu wollen. Sondern genau der Punkt war es, den wir ausschließen wollten. Die Kosten darstellen, um zu sagen, das ist das notwendige, was wir benötigen und darüber hinaus benötigen wir noch die Kosten, die bisher ungedeckte Schecks sind. Und zwar vom Bund und Land. Das ist doch wohl legitim.

Und einen solchen Vorschlag, wie ihn der Oberbürgermeister unterbreitet hat, den halte ich dann schon wirklich für äußerst gefährlich, wenn wir darauf eingehen sollten oder eine Mehrheit. Da würden Sie uns nicht mehr mit im Boot haben.

**Herr Lange**

Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Meerheim, es geht nicht darum, Leistungen ... und das war auch nicht der Ansatz, den Herr Doege gemeint hat, Leistungen in irgendeiner Weise zu kürzen, sondern versuchen, auf der Einnahmeseite zu erhöhen.

Aber, das muss man auch sagen, Sie müssen mir schon ... oder heute im Beschluss, den Sie jetzt fassen, mir auch die Ermächtigung geben in der Beschlussfassung, dass die Einnahmeseite dann auch erhöht werden kann. Wir werden versuchen, das hinzubekommen, aber Sie müssen es beschließen.

Ich kann das nicht selber anpassen, denn ansonsten würde ich ja den Haushalt verändern. Also ich kann es nicht anpassen, weil ... ich brauch dazu von Ihnen die Zahl, den Beschluss.

**Herr Dr. Meerheim**

Herr Oberbürgermeister, das ehrt Sie, wenn Sie jetzt diese Aussage wieder zurücknehmen von vorhin.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Nein, ich nehme die nicht vollständig zurück.

**Herr Dr. Meerheim**

Ich meine, das was ich Ihnen unterstellt habe gerade, dass Sie das offensichtlich nicht wollen. Also Leistung kürzen.

Aber, wir wissen doch alle miteinander, so wie wir hier sitzen, dass wir die Einnahmen schon, ich glaube, tolle ausgereizt haben. Wir segeln so am Wind mit den Einnahmen, wie wir selbst mit 360 Millionen Kassenkredit segeln. Und jetzt würde es mich stark wundern, wenn da noch mal irgendwo fünf Millionen hergezaubert werden würden.

Es ist ja schön, wenn Sie die bringen, aber ich glaube, der Kämmerer ist nicht in der Lage, irgendwo fünf Millionen aus dem Ärmel zu leiern. Er hat alles getan, damit wir, ich sage es mal so, die zusätzlichen Ausgaben und Einnahmen sozusagen, die da gekommen sind aus der Stadtverwaltung, aber auch der Kompromiss zustande kommen konnte. Das war die obere Grenze, da hat es gequitscht nach allen Seiten und nach allen Ecken und Kanten.

**Herr Lange**

Herr Dr. Meerheim, klar das Statement.

Jetzt hätte der Herr Doege noch mal ... Ja, bitte Herr Oberbürgermeister zuerst.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Meerheim, das zeigt es ja genau, den Ansatz, den Sie verfolgen. Ich habe einen positiven Ansatz. Ich würde ganz gern, dass wir diese Möglichkeit und dass Sie mir die Ermächtigung geben, wenn Sie auf der Ausgabenseite die Zahlen erhöhen, dass Sie mir diese Ermächtigung auf der Einnahmenseite auch geben. Und dann werden wir sehen, ob dann noch Möglichkeiten bestehen. Aber das muss ich gemeinsam mit Herrn Geier erst mal in Ruhe besprechen. Aber ich brauche dazu die Ermächtigung.

Ansonsten zeigt es ja deutlich, dass Sie nur den negativen Haushalt hier heute wollen. Das ist doch der Ansatz.

**Herr Lange**

Gut, o.k.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Dann geben Sie doch dem nach und folgen Sie dem Vorschlag von Herrn Rothe und von Herrn Doege.

**Herr Lange**

Jetzt ist ...

**Herr Dr. Meerheim**

Das geht doch rechtlich nicht. Ich kann doch... entweder ich beschließe einen Haushalt mit den Zahlen, so wie sie sind, ich kann Sie doch nicht ermächtigen, im Nachgang einen Beschluss zu ändern. Wo gibt es denn so etwas.



### **Herr Lange**

Wir haben hier eine Rednerliste. Wenn Sie das möchten, können wir auch gern noch mal kurz in einer Auszeit den Vorschlag besprechen. Da müsste es jemand beantragen. Jetzt hat aber erst mal Herr Doege das Wort.

### **Herr Doege**

Also Herr Meerheim, ich bin sicherlich nicht so blauäugig, wie Sie mir vorhin unterstellt haben. Ich habe gesagt, wir beschließen über den Widerspruch. Das heißt, dann beschließen wir über den beschlossenen Haushalt, wie wir ihn vorhin beschlossen haben. Und habe dann gesagt, und was hindert sie daran, wenn dieser Widerspruch sozusagen jetzt sage ich mal abgepiffen wird, trotzdem nach einer Möglichkeit zu suchen, diesen Haushalt, wie wir ihn beschlossen haben, ausgeglichen zu gestalten. Diesen Haushalt, wie wir ihn beschlossen haben. Also, das habe ich aber gesagt.

Und ich denke, Herr Rothe ist in ähnlicher Weise mit seinen Ausführungen herangegangen.

Mir ging es nicht darum, dass wir den Haushalt, den wir beschlossen haben, durch die Verwaltung verändern lassen. Das habe ich auch nie angedeutet. Also das möchte ich mir nun ..., also dazu bin ich zulange in diesem Geschäft, das wissen Sie ja.

### **Herr Lange**

Jetzt darf Herr Krause noch mal.

### **Herr Krause**

Wir haben Stunde um Stunde in den Ausschusssitzungen zugebracht. Sie haben vorhin gesagt, heute Mittag sind diese drei Änderungsanträge im Grunde erst gekommen und Sie hätten in der Fraktionsvorsitzendenrunde noch mal gefragt. Nur, eines steht fest, Sie haben das gewusst, Sie waren ja in der Abschlussberatung Finanzausschuss mit dabei.

Und wir sind so auseinandergegangen, dass Sie zwei .... doch, lassen Sie mich das mal sagen .... dass wir zwei Punkte genannt haben. Sie haben uns gesagt, als wir um die Sekundärkosten gestritten haben, ... Sie wissen gar nicht, was ich sagen will und schütteln jetzt schon den Kopf, das ist schon erstaunlich, ... also wir sind so auseinandergegangen, dass Sie uns gesagt haben, ich hoffe, bis zum 16. den Entwurf, wenigstens den Entwurf des Erlasses zu sehen und ich mache Ihnen in Richtung Arbeitsmarktintegration einen groben Vorschlag.

So habe ich das verstanden, wie man damit umgehen kann. Bin ich richtig? Ja.

Das war sozusagen das Auseinandergehen.

Aber wir waren uns auch alle klar nach dieser langen Diskussion, dass das Darstellen der Sekundärkosten nicht geklärt ist. Auf beiden Seiten nicht. Beide haben unterschiedliche Auffassungen gehabt. Ist o.k.

Aber es war nicht endgültig geklärt, dass wir sagen konnten, wir hätten einen Kompromiss gehabt. Das war offen geblieben.

Auch dann noch in der Hauptausschusssitzung, da haben wir ja noch mal diskutiert. Und da habe ich Ihnen gesagt, als Sie dann die Karten aufgedeckt haben und gesagt haben, wir haben Ihnen ja als Verwaltung einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt, und wenn Ihr jetzt Änderungen beschließt, ich sage es mal ganz salopp, dann habt Ihr den schwarzen Peter, Ihr habt ihn ja dann unausgeglichen gestaltet, das war sozusagen die Logik, die dahinter stand.

Und wir haben auf der anderen Seite gesagt, nein, zur Haushaltswahrheit und Haushaltsehrlichkeit gehört, dass wir alle Kosten, die entstehen, die wir zumindest erst mal ansatzweise erkennen können, auch darstellen. Das ist ja der Grundkonflikt.

So, und wenn Sie jetzt kommen und sagen und sprechen davon, jetzt hier in der Sitzung, Sie möchten das positiv sehen und würden sozusagen darüber nachdenken, wie eine Ausgeglichenheit in einem Haushalt hergestellt werden kann auf der Positivseite, da frage ich Sie, bei diesen stundenlangen Diskussionen, wo wir das als Thema hatten, warum Sie das damals nicht schon gesagt haben.

Und ich hätte nämlich gerne gewusst, wie Sie das anstellen, wo Sie das hernehmen, dann ist es o.k.

Und ich erinnere Sie daran, die Stadt Halle ist nicht die einzige kommunale Gebietskörperschaft, die das Problem hat in Sachsen-Anhalt. Alle haben das Problem. Alle haben das Problem.

Und wenn Sie es ernst gemeint hätten, meine ich jedenfalls und das habe ich Ihnen unterstellt in der Diskussion, so habe ich Sie auch verstanden, dann hätten wir auch zum Beispiel, wenn die Frage aufgetaucht ist, würde das Landesverwaltungsamt eine zusätzliche Darstellung von Kosten, die wir alle nicht wissen konnten durch die Flüchtlingssituation, würden die das akzeptieren und unter welchem Prozedere würden die das akzeptieren, dann hätten wir einen Vertreter einladen können, wenn wir das gewusst hätten. Hätten wir in Ruhe im Finanzausschuss ausdiskutiert und gewusst, gibt es eine Möglichkeit aus Sicht der Kommunalaufsicht, so etwas darzustellen, weil wir uns als Räte in der Pflicht sehen, den Haushalt sauber und ordentlich transparent darzustellen.

#### **Herr Lange**

Herr Oberbürgermeister.

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Krause, fangen wir noch mal damit an, dass wir sagen, das Konzept, von dem ich gesprochen habe, was wir auch besprechen wollen, ist heute im Session eingestellt und liegt unter Informationen Ihnen vor. Also da ist der Ansatz, wo wir sagen, wir erarbeiten ... *unverständliche Zwischenrufe* ... ich wollte es nur sagen, dass das da ist.

Dieser Erlass, von dem Sie gesprochen haben, habe ich auch von berichtet, dass das Land jetzt einen Entwurf zur Bestätigung an die Kommunen geschickt hat, auch über den Städte- und Gemeindebund, dass das Land sich auf den Weg gemacht hat.

Und das wäre ja alles gar nicht passiert, wenn wir ... da hätten wir auch Gelegenheit gehabt, darauf zu reagieren.

Aber ich habe Sie Montag ausdrücklich gefragt, stellen Sie einen Antrag zu den Sekundärkosten? Da haben Sie nein gesagt. Und Sie kommen heute, zwei Stunden vorher, vor der Sitzung, legen Sie diese drei Anträge auf den Tisch und sagen dann, wir haben Sie ausdrücklich gefragt, ob alles aus Ihrer Sicht in Ordnung ist, ob Sie zusätzliche Anträge stellen, da haben alle sich angeguckt und haben nichts gesagt, aber auch gar nichts.

Und von daher ... dann geben Sie uns doch die Möglichkeit, dann können wir dem Vorschlag von Herrn Rothe folgen und wenn Sie sagen, dass Sie auf der Einnahmenseite die Summe um die entsprechende Zahl erhöhen, dann können wir uns auf den Weg machen und können überlegen, ob das machbar ist. Ich kann es nicht versprechen. Und Herr Geier schon gar nicht.

Wir müssen gucken, ob wir insgesamt da noch in den nächsten Tagen zu einem Ausgleich kommen.

Aber eines ist auch klar, ich meine nicht die freiwilligen Leistungen in Kürzungen oder ähnliches. Das habe ich von vornherein auch immer abgelehnt. Das ist nicht das Ziel.

Sondern wir versuchen, auf der Einnahmenseite zu erhöhen und gucken, welche Möglichkeiten noch bestehen.

**Herr Lange**

Frau Dr. Brock.

**Frau Dr. Brock**

Ja, ich weiß nicht wie es Ihnen geht. Ich höre ganz viel Vergangenheitsformen und ich habe irgendwie das Gefühl, wir gewinnen keine neuen Erkenntnisse.

Und da wir noch ein bisschen nicht öffentlichen Teil haben, würde ich jetzt, ohne unbedingt dieses Instrument des Abbruches jetzt ziehen zu wollen, einfach darum bitten, ich glaube, es kommen keine neuen Argumente mehr, als immer wieder die alten hin und her zu drehen, ich glaube, wir wären abstimmungsfähig. Aber wie gesagt, ich möchte es nicht mit diesem harten Instrument machen.

**Herr Lange**

So, es würde ... Herr Dr. Meerheim, Sie sind sofort dran, kleinen Moment.

Ich möchte nur auf eine kleine Formalie hinweisen. Wenn es hier noch mal eine Änderung zu einem der Änderungsanträge geben sollte, bitte ich Sie, mir diesen vorzulegen. Diese Änderung könnte auch der Oberbürgermeister vorschlagen. Auch das bräuchte ich bitte schriftlich. Weil wir nur so nachher in ein geordnetes Verfahren kommen können. Das nützt uns jetzt hier nichts auf Zuruf.

So, jetzt hätte Herr Dr. Meerheim das Wort.

**Herr Dr. Meerheim**

Ich würde es trotzdem zurufen.

Aber, um den Rechtsfrieden herzustellen, weil, ich bin es leid, sozusagen diese Diskussion zu führen und eigentlich wollen wir alle ja dasselbe. Wenn Sie, ohne das der Kämmerer dagegen ist, sagen, wir decken die 4,35 Millionen durch die Aufstockung der GMA, ist das Problem gelöst. Das war aber bisher nicht möglich in allen Vordiskussionen. Da hieß es immer, das Ding ist schon abgefüllt.

Das wäre die Lösung. Mit dem Argument haben wir uns sozusagen auch im Vorfeld der Erarbeitung des Kompromisses, dass es da also nichts mehr gibt, natürlich stärker zurückgehalten. Das will ich jetzt gar nicht vorbringen.

Aber dann ist Ihr Problem gelöst. Dann ist es gedeckelt. Dann kann höchstens das Landesverwaltungsamt prüfen und gucken, ob die vielleicht etwas zu hoch angesetzt ist. Aber es könnte genauso gut sein, dass sie sagen, nein, in der besonderen Situation lassen wir es durchlaufen. Genauso wie, wenn wir es ohne GMA lassen. Das war jetzt der Vorschlag. Aber dazu kann ich nichts sagen, weil das jetzt an den Oberbürgermeister gerichtet ist.

**Herr Lange**

So, wir schlagen den Pfad der Lösungen ein.

Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Dann beantrage ich 15 Minuten Auszeit und bitte die Verwaltung ins Nachbarzimmer.

**Herr Lange**

15 Minuten, gut. Dann machen wir jetzt eine Auszeit von 15 Minuten.

... Auszeit ...

**Herr Lange**

So meine Damen und Herren. Wollen wir mal gucken, ob weißer Rauch aufsteigt. Und ich gebe dann gleich Herrn Geier das Wort.

**Herr Bürgermeister Geier**

Also da verkündige ich jetzt den Papst oder wie?

**Herr Lange**

Nein.

**Herr Bürgermeister Geier**

o.k., Scherz beiseite.

In der Abstimmung in der Verwaltung haben wir jetzt folgenden Vorschlag zu machen. Und zwar, diesen Änderungsantrag 7.1.27, da geht es ja um diese sekundären Asylkosten, in einer Gesamtsumme von 4.359.298 Euro, das ist der Umfang, da würden wir jetzt vorschlagen, dass wir diese Vorlage wie folgt ergänzen:

„Die Deckung dieser 4.359.298 Euro erfolgt aus folgenden Positionen:

1. Erhöhung des Gewerbesteueransatzes um eine Million,
2. Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer um 400.000 Euro,
3. Erhöhung der Grundstücksverkaufserlöse um 1,5 Millionen Euro,
4. Erhöhung der globalen Minderung Personal um 1.459.298 Euro.“

Das muss man dann so machen, damit es mit dieser krummen Zahl wieder korrespondiert. Das wäre unser Vorschlag.

**Herr Lange**

Gut. Das ist ein ganz konkreter Änderungsantrag seitens des Oberbürgermeisters. Gibt es dazu noch Wortmeldungen?

....unverständliche Zwischenrufe ....

Dann müssten wir jetzt noch mal fünf Minuten warten. Wenn Sie das wollen, können wir das auch machen. Ich hoffe, Sie haben fleißig mitgeschrieben und es geht irgendwie.

So, der Antrag liegt schriftlich vor. Ich habe es bloß Herrn Geier wieder zurückgegeben, damit er das schnell vortragen kann. Es ist also alles aufgeschrieben und formal korrekt und wir könnten diese Änderung jetzt abstimmen beziehungsweise, die Antragstellen könnten sagen, dass Sie das übernehmen. Auch das ginge.

Wollen Sie das abstimmen? Gut, dann stimmen wir es ab.

Wer ... nein das machen wir jetzt nicht, das ist jetzt erst mal vorgeschlagen worden. Wir müssen aber, damit wir hier alles ordentlich machen, die Änderungsanträge in der Reihenfolge noch mal machen.

Das wir jetzt nicht den Änderungsantrag, der hier unter 7.1.4 wäre das ja, wo diese Ausführungen jetzt eine Rolle gespielt haben, das machen wir dann auch unter 7.1.4.

So, Sie haben da jetzt keinen weiteren Gesprächsbedarf? Dann können wir jetzt ins Abstimmungsprozedere einsteigen.

Dann kommen wir zum Änderungsantrag 7.1.1. Das war der große Kompromiss, den wir alle entsprechend gefunden hatten. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen.

**zu 7.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01576**

---

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Vorlage Veränderungen HHPI 2016ff. für den Stadtrat am 16.12.2015 mit Stand 10.12.2015 und die Anlage Veränderung HHPI 2016 – Stellenplan.

**Herr Lange**

Dann den 7.1.2. Das war der Änderungsantrag, wo die CDU nicht Mit Antragsteller ist. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen.

**zu 7.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01570**

---

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Im Produkt 1.36201 Jugendarbeit werden zur Förderung der Jugendarbeit in freier Trägerschaft 250.000 € mehr eingestellt. Die Deckung erfolgt in Höhe von 100 T€ aus den zusätzlich für die Bauunterhaltung von Schulen durch Umverteilung vom FB 24 bereitzustellenden Mittel (Bereitstellung von 363 T€ statt 463 T€ ) und durch die Aufstockung der globalen Minderausgabe (GMA) um 150 T€.

**Herr Lange**

Und wir haben dann den Änderungsantrag 7.1.3. Hier sind wieder alle Fraktionen Antragsteller. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen.

**zu 7.1.3 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01571**

---

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

§ 4 der Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2016 (Entwurf vom 10.12.2016) wird geändert und erhält folgende Fassung:  
"Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird auf 360.000.000 Euro festgesetzt."

**Herr Lange**

Und jetzt kommen wir zu dem, was wir längere Zeit diskutiert haben. Hier gibt es einen Änderungsvorschlag seitens des Oberbürgermeisters. Wer diesem Änderungsvorschlag zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen.

**zu 7.1.4.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200, Vorlage: VI/2015/01572 Vorlage: VI/2015/01574**

---

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Deckung des Gesamtbetrages von 4.359.298 Euro bezüglich ÄA der Fraktionen, Vorlagennummer VI/2015/01572 erfolgt aus folgenden Positionen:

a) Erhöhung des Gewerbesteueransatzes Produkt 1.61101	+ 1.000.000 Euro
b) Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer Produkt 1.61101	+ 400.000 Euro
c) Erhöhung der Grundstücksverkaufserlöse Produkt 1.11172	+ 1.500.000 Euro
d) Globale Minderausgabe Personal Produkt 1.11112	+ 1.459.298 Euro

**Herr Lange**

Jetzt können wir den geänderten Änderungsantrag abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen.

**zu 7.1.4 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200 Vorlage: VI/2015/01572**

---

**Beschluss:****mehrheitlich zugestimmt**

Entsprechend der Hochrechnung sekundärer Flüchtlingskosten (kommunale Leistungen) für 2016 - hier Variante 3 vom 27.11.2015 - werden folgende Änderungen im Haushaltsplanentwurf beschlossen:

1. Im Produkt 1.36201 werden die ordentlichen Erträge um 1.107.122,00 Euro und die ordentlichen Aufwendungen um 3.690.407,00 Euro erhöht.
2. Die ordentlichen Aufwendungen für die Kinderbetreuung - hier die Produkte 1.36.101 und 1.36501 - werden um 1.666.500,00 Euro erhöht. Die genaue Aufteilung auf die beiden Produkte nimmt die Verwaltung vor.
3. Die ordentlichen Aufwendungen für den Bereich Schulen - hier die Produkte 1.21101, 1.21601, 1.21701, 1.21801, 1.21901, 1.23101 - werden 109.513,00 Euro erhöht. Die genaue Aufteilung auf die Produkte nimmt die Verwaltung vor.

Die Deckung des Gesamtbetrages von 4.359.298 Euro bezüglich ÄÄ der Fraktionen, Vorlagennummer VI/2015/01572 erfolgt aus folgenden Positionen:

e) Erhöhung des Gewerbesteueransatzes Produkt 1.61101	+ 1.000.000 Euro
f) Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer Produkt 1.61101	+ 400.000 Euro
g) Erhöhung der Grundstücksverkaufserlöse Produkt 1.11172	+ 1.500.000 Euro
h) Globale Minderausgabe Personal Produkt 1.11112	+ 1.459.298 Euro

**Herr Lange**

Ich komme zur Abstimmung des Haushaltes in seiner Gänze mit den erfolgten Änderungen. Wer dem Haushalt zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen.

**zu 7.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014  
Vorlage: VI/2015/01200**

---

**Abstimmungsergebnis:****einstimmig zugestimmt****Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan 2016.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

*Ende des Wortprotokolls.*

**zu 8      Wiedervorlage**

---

Es lagen keine Wiedervorlagen vor.

**zu 9      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

**zu 10     schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

**zu 11     Mitteilungen**

---

Es lagen keine Mitteilungen vor.

**zu 12     mündliche Anfragen von Stadträten**

---

Es gab keine mündlichen Anfragen von Stadträten.

**zu 13     Anregungen**

---

Es lagen keine Anregungen vor.

**zu 14     Anträge auf Akteneinsicht**

---

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.



**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die öffentliche Sondersitzung des Stadtrates.

---

Hendrik Lange  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Maik Stehle  
Protokollführer